

## Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

---

**Sitzungsdatum:** Mittwoch, den 16.06.2021  
**Beginn:** 19:00 Uhr  
**Ende:** 21:15 Uhr  
**Ort, Raum:** Schelmenbuschhalle Langensteinbach, Am Schelmenbusch, 76307 Karlsbad

Anwesend:

**Vorsitzende/r**

Herr Jens Timm

**Freie Wähler**

Herr Alexander Bodemer  
Frau Heike Christmann  
Herr Jürgen Herrmann  
Herr Otto Höger  
Herr Joachim Karcher  
Herr Hans-Gerhard Kleiner  
Frau Heidi Ochs  
Herr Karl-Heinz Ried  
Herr Michael Wenz

**CDU**

Herr Günter Denninger  
Herr Jürgen Dummler  
Herr Peter Kiesinger  
Herr Steffen Langendörfer  
Herr Roland Rädle  
Herr Norbert Ried

**SPD**

Herr Reinhard Haas  
Herr Michael Nowotny  
Frau Cornelia Nürnberg  
Herr Klaus Steigerwald  
Herr Jens Walch

**Bündnis 90/Die Grünen**

Frau Heike Günther  
Herr Thomas Guthmann  
Herr Andreas Hartmann  
Frau Sabine Kronenwett  
Frau Simone Rausch  
Herr Uwe Rohrer  
Frau Dr. Susanna Vollmer

**Protokollführer**

Herr Hans-Dieter Stößer



Nach Eröffnung der Verhandlung stellt der Vorsitzende fest, dass durch Ladung vom 08.06.2021 ordnungsgemäß eingeladen worden ist und das Gremium beschlussfähig ist, weil 28 Gemeinderäte einschließlich Vorsitzender anwesend sind sowie die Sitzung im Mitteilungsblatt vom 10.06.2021 öffentlich bekannt gemacht worden war.

**Als Urkundspersonen werden ernannt:**

Gemeinderäte Herrmann Jürgen , Rädle Roland, Haas Reinhard, Rohrer Uwe

## zu 1 Bekanntgaben

Es gibt keine Bekanntgaben aus nichtöffentlicher Sitzung, so der Vorsitzende.

## zu 2 Fragen der Gemeinderäte

### 2.1 Anträge freie Wähler

GR Jürgen Herrmann (Freie Wähler) erkundigt sich nach dem Sachstand zum Social-Media-Antrag. Der Vorsitzende antwortet, dass das Thema soweit vorbereitet ist, dass es voraussichtlich in der Julisitzung des Gemeinderates behandelt werden könne.

Die Fraktion der Freien Wähler stellt zwei Anträge zu den Themen Versorgung mit öffentlichen Toiletten und Mehrwegpfandsysteme (siehe Anlagen in Session). GR Jürgen Herrmann (Freie Wähler) übergibt diese dem Vorsitzenden. BM Jens Timm bringt die Anträge durch Vorlesen dem Gremium zur Kenntnis.

Beim **Antrag zu den öffentlichen Toiletten** wird angeregt, angelehnt an das Konzept "Nette Toilette", die Versorgung mit Toiletten (einschließlich barrierefreier Einrichtungen) zu verbessern. Dabei sollen die vorhandenen öffentlichen Toiletten mit eingeschlossen sowie Gespräche mit Händlern und Gastronomen geführt werden. Die WC-Einrichtungen könnten dann publik gemacht werden.

Beim **Antrag Mehrwegsysteme** geht es darum, bereits vor der gesetzlich beschlossenen Mehrwegpflicht für die Gastronomie ab Januar 2023 in Karlsbad aktiv zu werden. Es wird vorgeschlagen, dass die Wirtschaftsförderung auf die Karlsbader Gastronomen und Ausgabestellen von Einweggetränken und Speisverpackungen zugeht und diese motiviert, bereits vor dem gesetzlichen Termin Mehrwegbehältnisse anzubieten.

Der Vorsitzende nimmt die Anträge entgegen und teilt mit, dass die Verwaltung diese in die Gesprächsrunde mit den Gastronomen mit einbeziehen wird. Auch die Fraktionsvorsitzenden sollten die Themen nach außen weitergeben.

### 2.2 Karlsbader Freibad

GRin Heike Günther (Bündnis 90/Grüne) fragt, warum im Karlsbader Freibad im Vergleich zu Waldbronn die Toiletten nicht offen seien und die Pausenzeit 2 Stunden statt 1 Stunde betrage. Der Vorsitzende führt aus, dass das Karlsbader Freibad nicht die Personalausstattung wie Waldbronn habe und man wegen den gesetzlich vorgeschriebenen Ruhezeiten länger schließen müsse. Man versuche, die Lücken mit zusätzlichen 450 Euro-Kräften zu verringern. Die geplante Einstellung des Bademeisters kam nicht zustande und hierdurch konnte auch die Einstellung eines Auszubildenden nicht erfolgen. Kleiner ergänzt, dass man mit lediglich zwei Bademeistern nicht die erforderliche Mindestzahl von drei Bademeistern für eine Ausbildungszulassung durch das RP habe. Weiter erfolge, so der Vorsitzende, in dem zweistündigen Zeitraum auch Schwimmunterricht für Schulen und außerdem werde dann das Bad wieder hygienisch gereinigt. Die Toiletten seien offen und Umkleidemöglichkeiten befänden sich wie 2020 auf der Wiese.

GR Hans Kleiner (Freie Wähler) stellt verschiedene Fragen.

Er möchte wissen, wann der Planungsauftrag für die Radbrücke vergeben wird. Seines Wissens werde derzeit geprüft, welches die beste Route sei. Ihn interessiert, ob es sich dabei um eine Ersatzkonzeption handelt und woher diese Mittel bezahlt werden- er sehe den Beschluss in den HH Beratungen hierzu abweichend.

In Sachen „On-demand-Verkehr“ plädiert er dafür, noch in diesem Jahr einen Antrag zu stellen, wenn dies nicht schon geschehen sei. Auch die Frage der Priorität stelle sich im Hinblick auf die Linie Straubenhardt / Ittersbach.

Bezüglich der Umfahrungsbaustelle von Nöttingen stellten sich für die beunruhigte Auerbacher Bevölkerung verschiedene Fragen: Welche Auswirkungen hat das Bauwerk auf den Auerbacher Verkehr (Schwerlastverkehr etc.) und inwieweit werden die Radwege zwischen Nöttingen und Auerbach beeinträchtigt?

Der Vorsitzende antwortet, dass der Gemeinderat den Planungsauftrag für eine Radwegbrücke mit entsprechender verkehrlicher Anbindung beschlossen habe und hierbei neben der Brücke, im Beschluss auch planerisch eine vernünftige Anbindung für Kinder, Jugendliche und Erwachsene geprüft werden solle. Darüber sei der Ortschaftsrat informiert worden und im nächsten Schritt gehe es um die Auswahl des Planungsbüros.

Beim „On-demand-Verkehr“ habe der Kreistag beschlossen, dass dieses Verkehrsangebot generell bei neu auszuschreibenden Linienverkehren geprüft werden soll. Für die Linie Straubenhardt / Ittersbach sei dies erstmalig vorgesehen, für die Ortsteile Mutschelbach und Auerbach aber auch, da diese seiner Kenntnis nach im November auslaufe.

Bezüglich Sachstand Umfahrungsbaustelle Nöttingen müsse man nachhaken und danach wieder im Gremium berichten. Momentan habe man dazu keine Informationen.

GRin Heike Christmann (Freie Wähler) fragt, wie es mit dem Container vor dem Feuerwehrhaus weitergehe. Sie will wissen, ob man vom Bund geförderte Luftreinigungsgeräte in den Schulen einsetzen will (Förderprogramm des Bundes für Schulen mit Kindern bis zum Alter von 12 Jahren – Presstext aus den BNN). Weiterhin regt sie an, mit einer Anzeige in Ärzteblättern für einen neuen Arzt/neue Ärztin in Karlsbad-Ittersbach zu werben.

Der Vorsitzende sagt, dass der Container vorübergehend dort stehe. Bezüglich Luftreinigungsgeräte habe man demnächst ein Gespräch mit dem Elternbeiratsvorsitzenden. Bei der bisher diskutierten Variante treten zu viele Probleme auf. Wenn es ein neues Programm gibt, dann werde man sich das anschauen. Allerdings sei bei Förderprogrammen generell keine nachhaltige Finanzierung sichergestellt. In den Schulen seien die Fenster gut zum Lüften geeignet. Es sei sinnvoll, grundsätzlich zu dem Thema diskutieren, um eine Linie festzulegen. Bezüglich dem Thema Ärzteversorgung sei man in Karlsbad intensiv mit der Ärzteschaft in Kontakt. Auch im Kreistag beschäftige man sich damit. Darüber hinaus würden seiner Meinung nach Werbeanzeigen nichts bringen. Diese müssten um etwas zu erreichen, dann auch vom Umfang her deutlich größer als üblicherweise sein. Es sei sinnvoller, im Einzelfall nach Lösungen zu suchen, z.B. in Form von reservierten Baugrundstücken für ansiedelnde Ärzte. Man hoffe auch auf das geplante Ärztehaus. Derzeit beschäftige sich die Gemeinde besonders mit Langensteinbach und Mutschelbach. Von einem begrenzten Effekt einer „Social-Media-Werbung“ spricht der Vorsitzende im Hinblick auf einen entsprechenden Vorschlag von GRin Simone Rausch (Bündnis 90/Grüne).

**zu 3      Beratung und Beschlussfassung über die Auftragsvergaben zur Beschaffung eines Löschgruppenfahrzeuges für die Feuerwehr Karlsbad, Abt. Ittersbach**  
**Vorlage: 10/1136/2021**

Der Vorsitzende führt in das Thema ein. Das Fahrzeug sei schon lange im Gespräch. Mit der Feuerwehr ist besprochen, die Beschaffung zu schieben bis das neue Feuerwehrhaus fertiggestellt ist. Der gesamte Prozess habe etwas länger gedauert. Jetzt müsse die Ausschreibung jedoch vorgenommen werden. Er bedankt sich ausdrücklich bei der Feuerwehr für das Engagement im Zusammenhang mit der Fahrzeugauswahl. Generell seien die Preise mittlerweile hoch und man müsse sich mit der Feuerwehr bezüglich der weiteren Fahrzeugbeschaffungen daher nochmals zusammensetzen. Dieses Fahrzeug werde jedoch auch aufgrund des Alters in Form einer Ersatzbeschaffung benötigt.

Hauptamtsleiter Benedikt Kleiner erläutert weitere Details anhand der Vorlage. Generell sei es so, dass die Kostenentwicklung extrem nach oben gehe. Dafür gebe es viele Gründe, unter anderem eine starke Nachfrage bei vollen Auftragsbüchern, höhere DIN-Anforderungen, Abgastechnik, teureres Material etc. So seien - Stand 2021 - die Kosten bspw. für ein HLF 20 in den letzten fünf Jahren um ca. 150.000 € gestiegen.

Das bisherige Löschgruppenfahrzeug – so die Vorlage – ist 32 Jahre alt und weist erhebliche Mängel – gerade auch im Karosseriebereich – auf.

Bei dem Verfahren handle es sich um eine EU-weite Ausschreibung im elektronischen Verfahren mit Teilnahmewettbewerb. Sechs Bewerber hätten Interesse bekundet, wurden zugelassen und zur Angebotsabgabe aufgefordert. Aufgrund einer Anfrage eines Bieters habe man die Frist für alle Bewerber um zwei Wochen verlängert.

Ausschreibung und Submission

Zur Submission sam 10.5. hätten ein Angebot der Fa. Schlingmann Dissen für Los 1 (Fahrzeug und schnittstellenrelevante Beladung – 405.579,25 Euro und zwei Angebote zur Beladung (Fa. Barth, Fellbach, Fa. Bastian Karlsruhe – 105.577,40 Euro – insgesamt 511.156,65 Euro vorgelegen. Bei der technischen Prüfung und den Wertungskriterien habe es keine Beanstandungen gegeben. Es handle sich um bekannte und zuverlässige Firmen.

Finanzierung

Zur Gesamtsumme 511 156,65 € erhalte die Gemeinde einen Festbetragszuschuss von 92 000€. Die Kostenüberschreitung betrage ca. 92.000 €. Bei Auftragserteilung werde eine Anzahlung von maximal 1/3 der Auftragssumme geleistet.

Diese Zahlung werde im laufenden Haushalt 2021/22 fällig. Zusätzlich fällig werde nach Auslieferung des Fahrgestells auf Antrag des Auftragnehmers eine Zwischenzahlung von 2/3 des Fahrgestellpreises (Fahrgestell ca. 114 000 €). Die Mittel für die benötigten Anzahlungen seien im Haushaltsjahr 21/22 gedeckt. Durch die lange Lieferzeit werden die Restmittel in den folgenden Haushaltsjahren 23/24 benötigt und seien dort erneut um den erhöhten Betrag von 91 156,56 € einzustellen. Momentan müsse man – so Kleiner – mit einer Lieferzeit von 26 Monaten rechnen.

Eine Diskussion im Gemeinderat wird nicht gewünscht.

### Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Der Gemeinderat möge der Vergabe des Auftrages

Los 1, „Fahrgestell und Aufbau sowie schnittstellenrelevante Beladungsteile für ein Löschgruppenfahrzeug LF 10 nach DIN 14530-5“ an die Firma Schlingmann GmbH & Co. KG, Dissen für 405.579,25 €

Los 2 „Sonstige Beladung für ein Löschgruppenfahrzeug LF 10 nach DIN 14530-5“ Wilhelm Barth GmbH u. Co. KG für 105.577,40 €

zustimmen und der Mittelbereitstellung aufgrund des längeren Beschaffungszeitraumes für die kommenden Haushaltsjahre bzgl. Verschiebung und erhöhter Neuanmeldung der Mehrkosten von 91 156,65€ gegenüber dem Haushaltsansatz 21/22 zustimmen.

**Einstimmig beschlossen Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

#### **zu 4 Beratung und Beschlussfassung über die Beantragung einer Städtebauförderungsmaßnahme (Sanierungsgebiet) in Karlsbad-Langensteinbach Vorlage: 60/1125/2021**

Der Vorsitzende führt in das Thema ein. Es gehe um das Erhalten von Bausubstanz und man habe mit der STEG eine Ortsbegehung durchgeführt. Das Gebiet sollte größer gewählt werden. Es gebe gute Chancen, in das Programm zu kommen, da die letzte Fördermaßnahme 1998 ausgelaufen sei. Vermutlich werde der erste Antrag nicht gleich positiv beschieden, dann gelte es einfach, sich erneut zu bewerben. Es sei gut, das Thema anzugehen, damit habe die Gemeinde gewisse Steuerungsfunktionen.

Der Vorsitzende begrüßt Bernd Kujacinski von STEG.

Dieser hält einen Sachvortrag anhand einer Powerpointpräsentation.

U.a. gehe es darum, Entwicklungsleitlinien für Karlsbad als Grundlage für den Antrag zur Aufnahme in ein Programm der städtebaulichen Erneuerung zu erarbeiten. Konkret sollen dabei Ziele und Strategien für eine zukunftsorientierte Gemeindeentwicklung aufgestellt werden. Vorhandene Planungen und Konzepte wie die Ergebnisse des Gemeindeentwicklungsplanes müssten evaluiert und fortgeschrieben werden.

#### Phase 1 – Antragstellung

Hierfür müsse zunächst das Gebiet abgegrenzt werden – denkbar sei der Bereich Hauptstraße zwischen Ettlinger-/Pforzheimer Straße und Keltenstraße. Dann werde die Bausubstanz analysiert. Dabei werde beispielsweise erfasst, wo es bauliche Mängel gibt, wie die Flächen genutzt werden und welche Eigentumsverhältnisse vorliegen. Dann gelte es, ein Entwicklungskonzept und ein Maßnahmenplan für das Gebiet zu erstellen. Dabei handele es sich quasi um einen Plan, wie das Gebiet künftig neu geordnet und aussehen soll. Die entsprechenden Maßnahmen, um das Ziel zu erreichen, werden dann festgelegt. Das Ganze münde schließlich in eine Kosten- und Finanzierungsübersicht.

### Phase 2 – Vorbereitende Untersuchungen

Alle Betroffenen werden informiert und abgefragt, ob und wie sie sich beteiligen wollen. Ebenso werden die öffentlichen Aufgabenträger (z.B. Energie- und Wärmeversorgung) mit einbezogen. Es werde u.a. genau untersucht, welche Maßnahmen durchgeführt werden können, Grundzüge für einen Sozialplan werden ebenso wie eine Kosten- und Finanzierungsübersicht erstellt.

### Satzungsbeschluss nach Programmaufnahme

Wenn die Gemeinde in das Programm aufgenommen wird, müsse das Sanierungsgebiet förmlich festgelegt werden.

### Zeit- und Terminplanung

Bei einem Gemeinderatsbeschluss, einen Antrag zu stellen, müssen sehr schnell die nächsten Schritte erfolgen. Dazu zählen u.a. die Zusammenstellung erforderlicher Arbeits- und Datengrundlagen, Arbeitsgespräche mit der Verwaltung sowie das Durchführen einer Bürgerwerkstatt. Der Gemeinderat soll dann im Oktober die aktualisierten Entwicklungsziele erörtern und förmlich beschließen, einen Antrag zu stellen. Dieser müsse bis 2. November beim Regierungspräsidium vorliegen.

### Ausblick auf die Sanierungsdurchführung

Kujacinski erläutert, dass bei einer Sanierung u.a. die Bodenflächen neu geordnet, Grunderwerb getätigt, Umzüge, Abbruchmaßnahmen und Erschließungen möglich seien. Im Zuge der Baumaßnahmen könnten die Bereiche Haustechnik, Wohnen, Energetik und Bautechnik verbessert werden.

### Förderkonditionen

Bei Gemeinbedarfseinrichtung der Gemeinde könnten erhebliche Zuschüsse fließen, beispielweise für die Erneuerung 60 Prozent der förderfähigen Kosten, bei Denkmälern sei ein Zuschlag von 25 Prozent möglich. Bei Neubauten werden 30 Prozent und bei Umnutzung 60 Prozent der förderfähigen Kosten bezuschusst. Die Gemeinde leiste bei der Gesamtförderung einen Eigenanteil von 40 Prozent. Hohe Förderquoten gebe es auch bei privaten Ordnungsmaßnahmen (z.B. Abbruch- und Aufräumkosten, Bodenordnung, Erschließungsmaßnahmen etc.). Auch steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten seien vorhanden.

### Diskussion im Gemeinderat

Verschiedene Gemeinderäte stellen Rückfragen die beantwortet werden.

GR Roland Rädle (CDU) meint, dass man in Karlsbad schon seit einiger Zeit dabei sei, in größeren Linien zu denken, dies sei sinnvoll. Das Gebiet sei prädestiniert für eine Sanierung, u.a. wegen den öffentlichen Gebäuden und der alten Bausubstanz. Ein aufgewertetes Gebiet sei auch für junge Familien attraktiv. Er hält das Projekt zum jetzigen Zeitpunkt für ein wichtiges Vorhaben

GR Uwe Rohrer (Bündnis 90/Grüne) möchte grundsätzlich wissen, ob es um den Förderantrag geht oder um eine Diskussion über das Gebiet. Der Vorsitzende sagt, dass der Hummelstall Auslöser für den Rundgang mit STEG gewesen und das Gebiet insgesamt anzuschauen und zu definieren sei. Die vorgesehene Bürgerbeteiligung entspreche nicht der ge-

planten Neuaufstellung dieser über die Quartiersentwicklung. Diese laufe unabhängig von einer Sanierungsmaßnahme. In der Bürgerbeteiligung für ein Sanierungsgebiet seien nur Teilaspekte enthalten, so der Vorsitzende auf eine weitere Frage von Rohrer.

GR Michael Nowotny (SPD) meint, dass es gut sei, in größeren Zusammenhängen zu denken. Man müsse auch an die anderen Ortsteile denken. Ferner müsse das Projekt auch in den Haushalt passen. Der Vorsitzende erläutert, dass die Sanierung langfristig laufe und auch langfristig ein Ortsteil nach dem anderen angegangen werden soll. Die Finanzen würden sich dann im Einzelfall ergeben, dargestellt und im Gesamtrahmen festgezurrt werden.

GR Reinhard Haas (SPD) spricht von einer großen Chance für die Gemeinde. In der Vergangenheit habe man doch eher Stückwerksarbeit geleistet. Das Gebiet sollte von Anfang an recht groß sein.

GR Jürgen Herrmann (Freie Wähler) sagt, dass das Vorhaben den Charme einer Neustrukturierung für das Gebiet habe, für ihn sei die Gebietsfrage geklärt und das Ganze "eine gute Sache".

Joachim Guthmann erläutert auf Nachfrage aus dem Gremium, dass es kein Problem sei, wenn das alte Sanierungsgebiet sich mit dem neuen Sanierungsgebiet teilweise überschneide. Im Übrigen habe die Gemeinde nach dem Ende des Sanierungsprogrammes auch in anderen Gebieten und Ortsteilen geförderte Maßnahmen durchgeführt. Es sei nicht so, dass nach 1998 in diesem Bereich keine Weiterentwicklung erfolgt ist.

GR Günter Denninger (CDU) fragt, ob es nicht denkbar sei, schon während der Laufzeit eines ersten Sanierungsgebietes ein zweites Gebiet zu beginnen um die Zeiträume für die Ortsteilemaßnahmen in Karlsbad nicht zu lange werden zu lassen. Der Vorsitzende sagt, dass das Ministerium im Regelfall das erste Sanierungsgebiet beobachte und dieses vor einem neuen Gebiet abgeschlossen werden sollte. Es werde sonst keine weitere Förderung geben, wenn man zu früh mit einem weiteren Gebiet starte. Herr Kujacinski empfiehlt auch, sich auf den ersten Schritt zu konzentrieren.

#### **Antrag an den Gemeinderat:**

Der Vorsitzende fragt das Gremium, ob das Thema grundsätzlich entscheidbar sei. Von den Rückmeldungen her sieht er dies als bestätigt an. Er konkretisiert den Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat beschließt grundsätzlich, einen Antrag für die Aufnahme in das nächstmögliche Förderprogramm zu stellen. Ebenso beschließt er, das Gebiet noch genauer festzulegen und die STEG zu beauftragen.

#### **Mehrheitlich beschlossen Ja 24 Nein 1 Enthaltung 3**

Nach der Abstimmung erläutert GRin Heidi Ochs (Freie Wähler) ihr Abstimmverhalten. Sie halte den Zeitlauf für sportlich und der Gemeinderat solle eine Entscheidung über das Gebiet in Karlsbad fallen. GR Uwe Rohrer (Bündnis 90/Grüne) meint, dass der Gemeinderat über das Gebiet entscheiden könne. Man habe, so GRin Heike Christmann (Freie Wähler) nur einen kleinen Bereich in der Vorlage gesehen und sie habe Interesse, sich an der Meinungsbildung im Gremium zu beteiligen.

Der Vorsitzende sagt, dass er den Eindruck gewonnen habe, dass der Vorschlag der Verwaltung zum Gebiet in den Diskussionen vom Gemeinderat weitgehend mitgetragen werde. Er präzisiert nochmals, dass der Farrenstall nur Auslöser für den Vorschlag war und das Gebiet größer werden und definiert werden müsse.

**zu 5 Beratung und Beschlussfassung der Spendenannahme im 1. Quartal 2021  
Vorlage: 20/1132/2021**

Der Vorsitzende erläutert den Sachverhalt.

**Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:**

Der Gemeinderat beschließt Geldspenden in Höhe von 1.810,00 € sowie Sachspenden in Höhe von 814,90 € anzunehmen.

**Einstimmig beschlossen Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**zu 6 Genehmigung von Protokollen**

Die Protokolle vom 24.3.2021 und 19.05.2021 werden einstimmig genehmigt. GRin Heike Christmann (Freie Wähler) bittet darum, eine Anmerkung von ihr in der Sitzung 19.5.2021 zum Standort neue Blitzanlage im Bereich Feldbergstraße / Lange Straße nachzutragen. Dies wird von der Verwaltung zugesagt.

**zu 7 Verschiedenes**

**7.1 Ausbau/Sanierung St. Barbara Straße**

Der Vorsitzende informiert, dass die Sanierung der St. Barbara Straße Ende Juni – voraussichtlich ab 28.6. – starten wird. Eine Information der Anlieger erfolgt, sobald der endgültige Beginn der Baumaßnahme mit der ausführenden Firma geklärt ist.

**7.2 Information über Lernbrücken an den Grund- und weiterführenden Schulen**

Hauptamtsleiter Benedikt Kleiner informiert über das Prüfergebnis zu einer Anfrage von GR Steffen Langendörfer (CDU). Dieser sagte, dass ihm mitgeteilt worden sei, dass seitens der Pädagogen an der Grundschule Auerbach gesagt wurde, dass Lernbrücken nicht stattfinden. Kleiner erläutert, dass Lernbrücken schulabhängige Angebote sind.

Grundsätzlich bieten die weiterführenden Schulen (Gymn./RS/GMS) die Lernbrücke an. Mitteilungen an die Schülerinnen und Schüler gehen diese Woche raus. Das Land hat es den Schulen aufgetragen, die Organisation zu übernehmen um Personal, Referenten und sogar Studenten hierfür zu gewinnen. Auch letztes Jahr war erst kurzfristig für die GS Mutschelbach klar, wie und ob die Lernbrücke stattfindet.

Die Schulen betrachten hier Ihre Schülerinnen und Schüler und legen fest wo bzw. ob Bedarf besteht- das ist also kein generelles Angebot an alle. Erst wenn die Schülerinnen und Schü-

ler feststehen, dann geht man in die Organisation, sucht Personal etc. In der GS Spielberg z.B. hat man keine Schülerinnen und Schüler die aus Sicht der Schule das benötigen- deshalb hier nichts.

Die Grundschule Langensteinbach beispielsweise hat auch bereits schon gegenüber der geschäftsführenden Schulleitung Frau Frank angefragt, da die Grundschulen Personalprobleme haben, ob hier unterstützt werden kann. Da diese Schulen derzeit die Lernbrücken erst organisieren und erst vermutlich nächste Woche feststeht, wer und wie viele Schüler etc. teilnehmen und wie Personal dann frei ist, kann erst dann weiteres gesagt werden.

Andere Grundschulen bemühen sich noch, es wird aber gerade erst der Bedarf geplant und abgefragt. Das Schreiben von der GS Auerbach ist zwar aus Sicht der Schule richtig, wenn kein Bedarf besteht aber unglücklich formuliert - bezüglich der Personalkapazitäten.

#### **zu 8      Fragen der Zuhörer**

- Keine -

---

gez. Jens Timm  
Vorsitzender

---

gez. Hans-Dieter Stößer  
Protokollführer/in

---

Gemeinderat Jürgen Herrmann  
Urkundsperson

---

Gemeinderat Reinhard Haas  
Urkundsperson

---

Gemeinderat Roland Rädle  
Urkundsperson

---

Gemeinderat Uwe Rohrer  
Urkundsperson